

Der Mindestlohn – Lackmustest für die Gewerkschaften

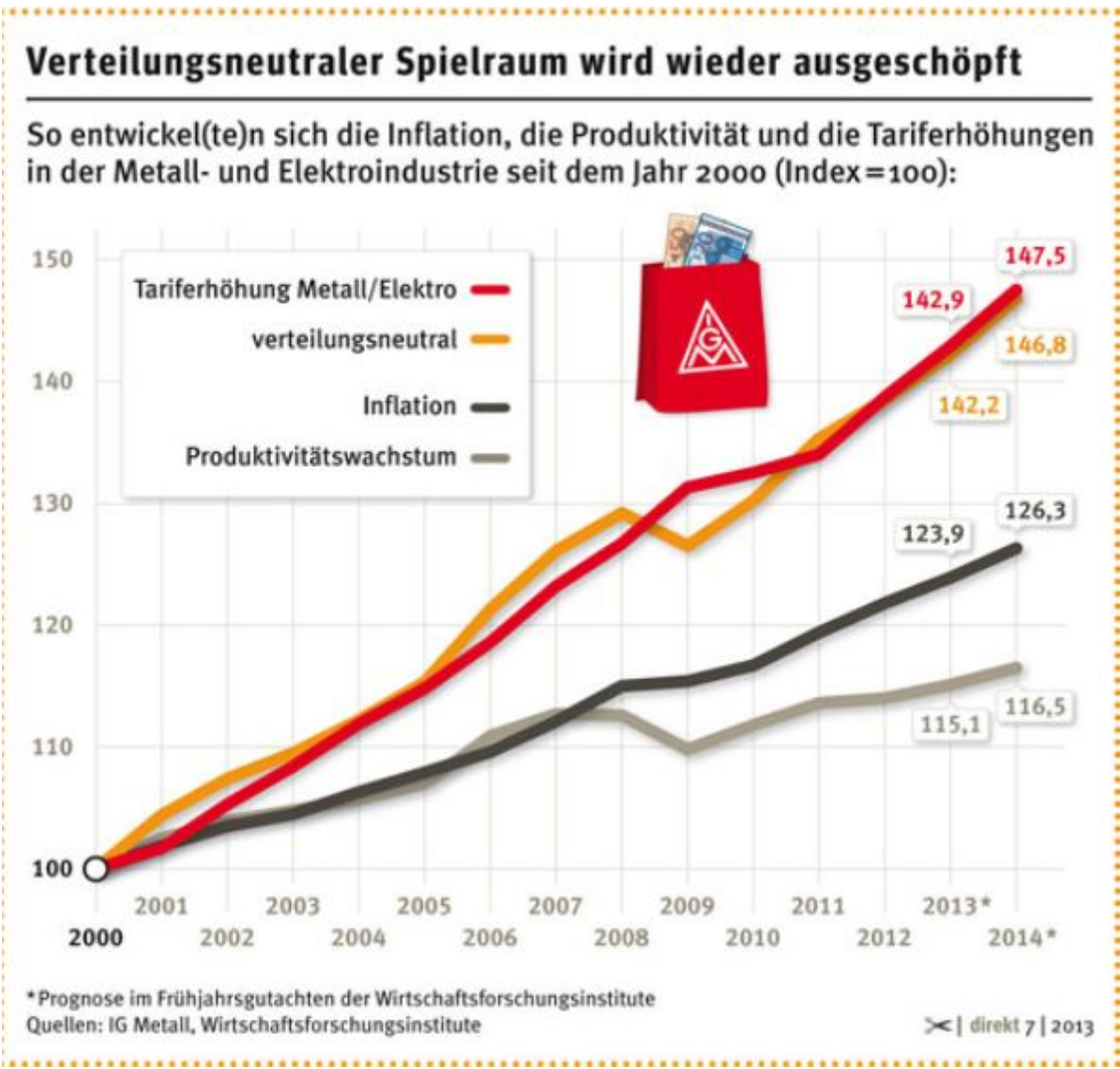
Von Friederike Spiecker | 03.12.2013

In meiner [Serie](#) zum [Streit](#) über die [deutschen Leistungsbilanzüberschüsse](#) bin ich im [vorigen Beitrag](#) darauf eingegangen, dass die Klagen der deutschen Industrie über im internationalen Vergleich "zu hohe" Löhne im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands unberechtigt sind und keinesfalls als Argument taugen, das deutsche Lohndumping als Ursache für die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse zu widerlegen. In diesem Zusammenhang hatte ich versprochen, die Rolle der IG Metall noch einmal näher zu beleuchten.

Die IG Metall ist als Gewerkschaft, die vor allem in Unternehmen präsent ist, die auch oder sogar hauptsächlich für den Export produzieren und aus dem Auslandsgeschäft wesentliche Wachstumsimpulse erhalten, besonders von dem Thema Exportorientierung der deutschen Wirtschaft betroffen. Insofern ist es zwar verständlich, aber nicht klug, dass [manche Gewerkschaftsvertreter](#) in dasselbe Horn stoßen, das die Arbeitgeber der Exportbranchen blasen: Die hohe deutsche Wettbewerbsfähigkeit habe nichts mit Lohndumping in Deutschland zu tun. Während die Arbeitgeber ganz platt die hohen deutschen Stundenlöhne in der Industrie als "Beweis" für ihre These anführen, argumentiert die IG Metall etwas differenzierter: Sie zieht die Produktivität als Grundlage für berechnete Lohnforderungen mit heran und beruft sich darauf, dass sie [mit ihren Branchenabschlüssen den verteilungsneutralen Spielraum ausgeschöpft habe](#) (vgl. Abbildung 1), insofern also von ihrer Seite bzw. Branche kein Lohndumping vorliege. Und für die Lohnabschlüsse in anderen Branchen sei sie nicht zuständig.

Abbildung

1



Quelle: <http://www.igmetall.de/metall-tarifrunde-2013-bayerisches-ergebnis-in-allen-11891.htm>

Was versteht man unter dem verteilungsneutralen Spielraum? Die IG Metall definiert ihn offenbar als Summe der Wachstumsraten aus tatsächlicher (bzw. prognostizierter) Inflation und gesamtwirtschaftlicher Produktivität. So gesehen scheinen die Tarifabschlüsse in der Metallbranche erfolgreich gewesen zu sein. Doch sind sie das tatsächlich?

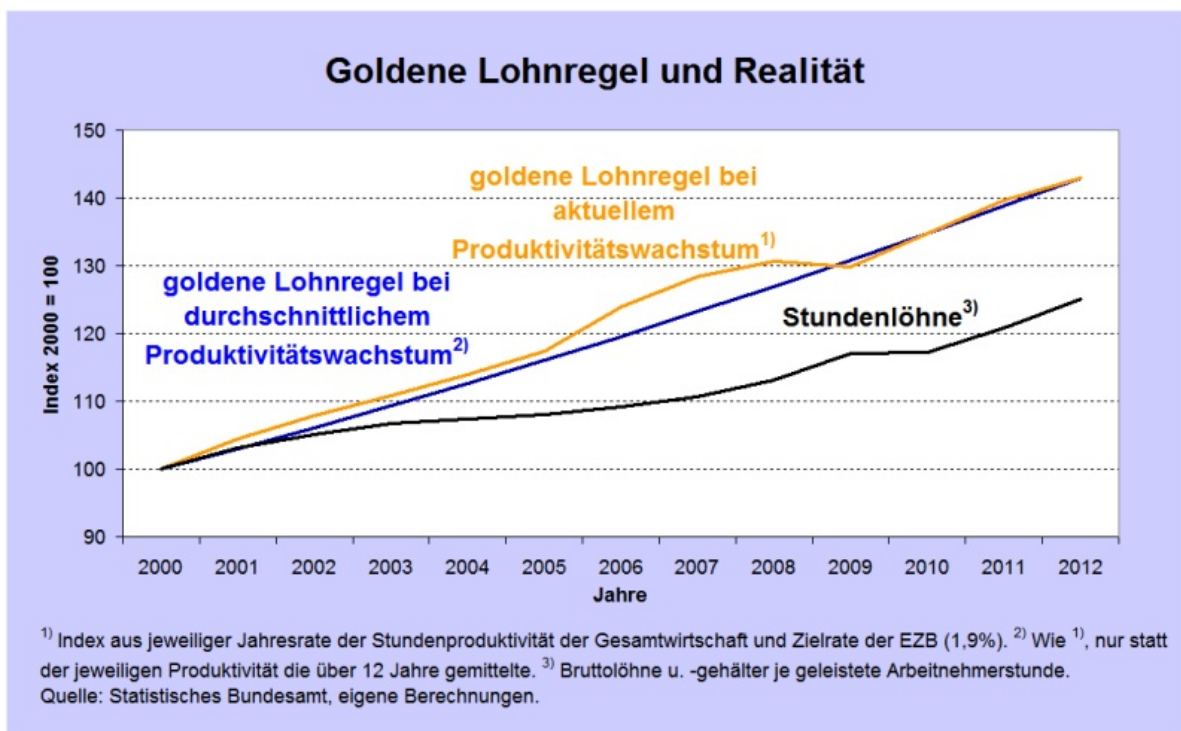
Die goldene Lohnregel, deren strikte Befolgung Heiner Flassbeck und ich seit vielen Jahren als makroökonomisch sinnvolle Lösung befürworten, besagt, dass *alle* Löhne in *allen* Branchen mit der durchschnittlichen Produktivität der Gesamtwirtschaft plus der *Ziel*inflationsrate wachsen sollten. Will die IG Metall den Erfolg ihrer Lohnverhandlungen an der Einhaltung der goldenen Lohnregel messen, dann hätten ihre Abschlüsse Jahr für Jahr einen Lohnzuwachs von 3 Prozent erbringen müssen (1,1 Prozent jährlich gesamtwirtschaftliche Produktivität im Durchschnitt der letzten 12 Jahren plus 1,9% Inflationsziel).

Das ist der IG Metall bis einschließlich 2012 nicht vollständig gelungen: Zum einen lag gemäß ihrer eigenen Grafik der Tariflohnindex im Jahr 2012 gegenüber dem von ihr gewählten Basisjahr 2000 bei rund 139 Indexpunkten. Gemäß der goldenen Lohnregel hätte er aber 143 Indexpunkte erreichen

müssen (vgl. Abbildung 2). Zum anderen ist das, was tariflich vereinbart wurde, nicht notwendigerweise das, was effektiv ausgezahlt wurde an die Beschäftigten (die sog. Lohndrift, d.h. die Abweichung zwischen Tarif- und Effektivlöhnen, war im genannten Zeitraum tendenziell negativ). Und, wichtiger noch, ein wachsender Teil der für die Metallindustrie Arbeitenden profitiert wegen Leih-, Zeitarbeits- und Werkvertragsverhältnissen nicht direkt von den Tarifvereinbarungen der IG Metall, wofür die Gewerkschaft allerdings keine direkte Verantwortung trägt.

Abbildung

2



Dass in der Gesamtwirtschaft die goldene Lohnregel bei weitem nicht eingehalten wurde und wird, kann man aus Abbildung 2 ersehen: Der Index der Stundenlöhne (schwarze Linie) liegt weit unter dem Index, der der goldenen Lohnregel entspricht (blaue bzw. gelb-orange Linie). Doch muss man nicht zugeben, dass es die IG Metall im Vergleich zu anderen Branchen mit am besten verstanden hat, sich der goldenen Lohnregel so gut wie möglich anzunähern? Und hat sie dann nicht vollkommen recht, jegliche Verantwortung für Billiglöhne in Deutschland von sich zu weisen?

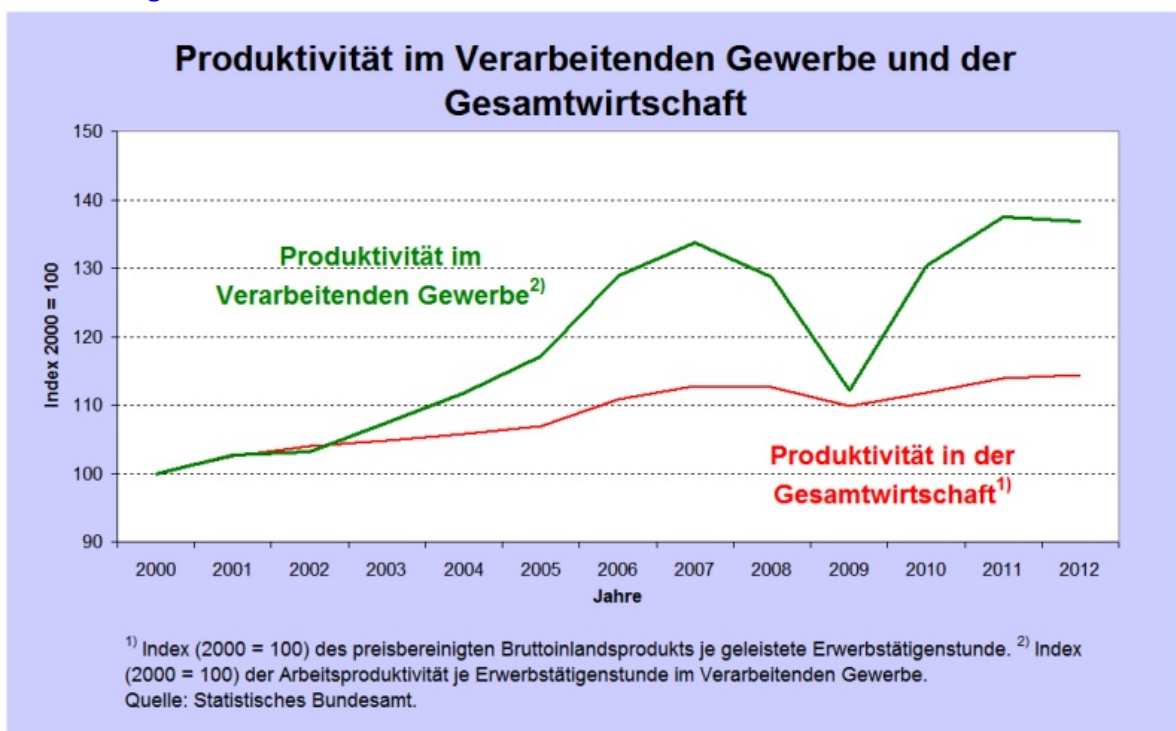
Die Seriosität der Argumentation der IG Metall zeigt sich an ihrer Haltung zum Mindestlohn: Warum beruft sich die IG Metall bei der Beurteilung ihrer eigenen Lohnabschlüsse auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität, ist aber nicht damit einverstanden, den Mindestlohn jährlich genau so anzupassen, wie es die goldene Lohnregel vorsieht? Armin Schild, ein IG Metall Bezirkschef, sagte dazu [im Deutschlandfunk](#): "Niemand will, insbesondere auch die IG Metall und andere Gewerkschaften wollen nicht, dass der Mindestlohn zukünftig die Vorgabe für Tarifverhandlungen ist. ... Der Mindestlohn muss den erfolgten Tarifabschlüssen folgen und ist nicht die Vorgabe für kommende Tarifabschlüsse." Nach den vorliegenden Zahlen hätte – wenn er denn vorhanden gewesen wäre – ein Mindestlohn demnach in den vergangenen zehn Jahren das im Durchschnitt deutlich vorhandene deutsche Lohndumping komplett mitgemacht. Und das wird in Zukunft, wenn der Mindestlohn nun endlich eingeführt wird, so passieren, weil die IG Metall und möglicherweise

auch andere Industriegewerkschaften das offenbar klar befürworteten und damit den Gegnern einer makroökonomisch sinnvollen und für die betroffenen Geringverdiener einigermaßen akzeptablen Lösung in die Hände spielen.

Das lässt sich aus dem besagten Interview klar entnehmen, in dessen Verlauf sich Armin Schild folgendermaßen äußert: "die Tarifforderungen der IG Metall und die Tarifabschlüsse zum Beispiel für die Metall- und Elektroindustrie müssen sich wie in der Vergangenheit auch an der Leistungsfähigkeit der Metall- und Elektroindustrie orientieren und dürfen nicht durch eine Mindestlohn-Kommission vorgegeben werden." Orientierung der Tarifabschlüsse in der Vergangenheit an der Leistungsfähigkeit der Metall- und Elektroindustrie? Das kann ja wohl nur heißen an deren Produktivitätsentwicklung. Die liegt aber weit über der Produktivitätsentwicklung der Gesamtwirtschaft, wie man aus dem Vergleich der amtlichen Daten zur Gesamtwirtschaft einerseits und dem Verarbeitendem Gewerbe andererseits sehen kann (vgl. Abbildung 3). Die Metall- und Elektroindustrie ist schließlich ein Teil des Verarbeitenden Gewerbes, und zwar einer der Zweige mit der stärksten Produktivitätszunahme. Gemessen an der Branchenproduktivität (plus Zielinflationsrate) waren die Lohnabschlüsse der IG Metall in den letzten Jahren geradezu erbärmlich niedrig.

Abbildung

3



Woran also will die IG Metall ihre Lohnabschlüsse nun gemessen sehen? An der Branchenproduktivität oder an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität? Bei der Branchenproduktivität stünde sie extrem schlecht da, bei der gesamtwirtschaftlichen Produktivität verheddert sie sich in einen unauflösbaren Widerspruch, wenn sie sich gegen die Anpassung des Mindestlohns in exakt derselben Höhe ausspricht. Ein Widerspruch, der sich zwingend daraus ergibt, dass man *nicht beides* haben kann: branchenspezifische Lohnsteigerungen, die für die Arbeitnehmer in der Metallindustrie und weiteren, mit Produktivitätsfortschritten gesegneten Industriebranchen

prächtig aussehen und daher die Daseinsberechtigung dieser *Branchengewerkschaften* untermauern helfen, *und* die Einhaltung der goldenen Lohnregel auf gesamtwirtschaftlicher Ebene.

An dieser Stelle muss sich die IG Metall entscheiden: Will sie weiterhin ihre Sonderrolle spielen auf Kosten der Arbeitnehmer in anderen Wirtschaftszweigen, dann muss sie ihre Lohnabschlüsse auch tatsächlich an ihrer branchenspezifischen Produktivitätsentwicklung orientieren und darf (gemessen daran) nicht so kläglich versagen, wie das in den letzten zwölf Jahren der Fall war. Will sie ihre Lohnabschlüsse jedoch als Erfolg verkaufen, indem sie auf die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung verweist, dann kann sie anderen Bereichen, darunter insbesondere dem Mindestlohn, nicht absprechen, denselben Zuwachs durchzusetzen. *Denn sonst würde sie ja systematisch mit dafür sorgen, dass Deutschland im Durchschnitt nie die goldene Lohnregel erfüllt, sondern immer darunter bleibt, also Lohndumping betreibt.*

Würde jede Branche gemäß ihrer eigenen Produktivitätsentwicklung plus Zielinflationsrate abschließen, dann wäre wenigstens gewährleistet, dass Deutschland insgesamt kein Lohndumping betreibt. Dass dann allerdings auf Dauer niemand Fähiges mehr bereit sein wird, in den Wirtschaftsbereichen zu arbeiten, bei denen die Produktivitätsentwicklung aus technischen Gründen unterdurchschnittlich ist, hatten wir am [Beispiel eines Busfahrers](#) bereits vor einem Monat formuliert. Aber mit dem Problem müsste sich Deutschland dann allein herumschlagen und nicht ganz Europa, weil nicht ganz Europa durch deutsches Lohndumping bedroht wäre.

Wenn die Einhaltung der goldenen Lohnregel in *allen* Branchen die Attraktivität senken sollte, die die IG Metall für ihre Mitglieder hat, ist das bedauerlich für ihre Funktionäre, die ihre Legitimation seit Jahren daraus ableiten, dass sie für die Mitglieder ihrer Gewerkschaft mehr herausholen als andere Gewerkschaften. Ein solcher Bedeutungsverlust ist aber keine gute Begründung dafür, das gesamtwirtschaftlich Sinnvolle nicht anzustreben und durchzusetzen, vor allem in Hinblick auf den Mindestlohn und seine Weiterentwicklung. Wie ich schon mehrfach geschrieben habe, ist das branchenbedingte "divide et impera" *der* Stolperstein auf dem Weg zur Durchsetzung der goldenen Lohnregel.

Der Ausweg aus diesem Dilemma besteht darin anzuerkennen, dass die Einzelgewerkschaften für die Lohnstruktur und *branchenspezifische Belange der Arbeitsverträge* zuständig sein sollten, für den volkswirtschaftlich sinnvollen Zuwachs des Lohnniveaus jedoch *alle Gewerkschaften gemeinsam*. Die hätten dann tatsächlich auch ein erheblich größeres Drohpotenzial und damit mehr Schlagkraft. Ein solcher Paradigmenwechsel in der Gewerkschaftsbewegung ist überfällig. Aber er wird wohl nicht so bald kommen, befürchte ich. Lieber [zitiert der von der IG Metall stark abhängige DGB](#) eine Studie der Deutschen Bundesbank, die Löhne hätten keine große Bedeutung für die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse. So versucht man, seine Hände in Unschuld zu waschen, statt dass man im Interesse der unteren Einkommenschichten in Deutschland eine wirtschaftspolitische Kehrtwende in der Lohnpolitik einleitet. Lieber verlegt man sich darauf, von der Steuerpolitik eine andere Sekundärverteilung der Einkommen und Vermögen zu verlangen, als selbst Hand anzulegen bei der Korrektur der Primärverteilung.

Und so fällt ein mächtiges Lager innerhalb der deutschen Arbeitnehmer aus, wenn es darum geht,

sich der Kritik an den deutschen Exportüberschüssen anzuschließen und echte Solidarität mit den Arbeitslosen und den immer schlechter bezahlten Beschäftigten hierzulande und in Südeuropa zu leben.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 03.12.2013

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/12/der-mindestlohn-lackmustest-fuer-die-gewerkschaften/>